

„Der Stellenwert der Millennium Development Goals in der gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion“

Diskussion mit Dr. Klemens van de Sand (Beauftragter für die Millenniums-Entwicklungsziele, BMZ)

Im September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedsstaaten auf dem größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung. Sie beschreibt die Agenda für die internationale Politik im 21. Jahrhundert und legt dafür vier programmatische Handlungsfelder fest: (1.) Frieden, Sicherheit und Abrüstung, (2.) Entwicklung und Armutsbekämpfung, (3.) Schutz der gemeinsamen Umwelt sowie (4.) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung. Für die Umsetzung der Erklärung wurde ein Jahr später aus dem Entwicklungs- und dem Umweltkapitel eine Liste von acht messbaren Zielen abgeleitet, die sogenannten **Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs)**, die bis zum Jahr 2015 weltweit entscheidende Verbesserungen in den Bereichen Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheit und Umwelt anstreben. Die Bekämpfung von Armut in all ihren Ausprägungen wird zum überwältigenden Ziel erklärt.

Die MDGs reflektieren einen schwierigen, über Jahre dauernden Prozess der Konsensbildung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Sie bezeichnen Ergebnisse aber keine Handlungsvorgaben. Einigkeit besteht also lediglich darüber, was erreicht werden soll. Offen ist, ob und wie die Ziele zu realisieren sind. Die nationale und internationale Diskussion hierzu beschäftigt sich u.a. mit folgenden Fragen und Herausforderungen:

- Was bedeutet: Armutsbeseitigung ist „überwältigendes Ziel“? Gilt das auch für die anderen Handlungsfelder der Millenniumserklärung? Welche Bedeutung haben Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie für die Erreichung der Millenniumsziele?
- Stehen die MDGs in den Industrieländern auf der politischen Agenda aller Ressorts (Kohärenzprinzip)?
- Bedeutung der MDGs für die Strategien der Entwicklungsländer zu Armutsbekämpfung?
- Was erfordert die in der Millenniumserklärung postulierte Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf globaler und auf nationaler Ebene?
- Was impliziert die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf Ergebnisse? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Abkehr von der „Input-Orientierung“ z.B. für die Kontrollfunktion des Parlaments und für die Arbeit gesellschaftlicher Gruppen als „Anwälte der Armen“?
- Welche Fortschritte sind bisher erzielt worden? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

Auf die meisten dieser Fragen gibt es keine definitiven Antworten. Der Referent hat auch nicht den Ehrgeiz, einen vollständigen Überblick über die internationale Diskussion zu geben. Er will jedoch versuchen, zu wesentlichen Punkten die deutsche Position (soweit vorhanden) und auch eigene Bewertungen wiederzugeben. Vor allem aber ist er interessiert an einem kritisch-konstruktiven Meinungsaustausch.